

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

## Die verspätete Nation

Band 1/113: 01.01.1909 – 06.07.1914

1909

Es ist eine alte Wahrheit, daß man in der Politik oft vom Feinde lernen muß.

*Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)*

**Deutsches Reich:** Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erläutert am 29. März 1909 angesichts der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 die wesentlichen deutschen Motive für die Unterstützung der Donaumonarchie (x092/714): >>... Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen. Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber müßte notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam repräsentieren und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Waagschale geworfen wird. ...

Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren. ...<< Infolge der kurzsichtigen Ausgleichspolitik und der naiven, völlig unverständlichen Bündnistreue gerät das Deutsche Reich allmählich in den folgenden Jahren immer stärker in den Balkankonflikt hinein. Damals ahnt noch niemand, daß diese verhängnisvolle Nibelungentreue schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln wird.

Friedrich Naumann, (1860-1919, deutscher evangelischer Theologe und christlich-sozialer Politiker, 1919 Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei) schreibt im Januar 1909 in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift "Die Hilfe" (x239/163): >>... Wer will leugnen, daß wir alle im stillen uns vor einer politischen Katastrophe fürchten, die nicht kommen muß oder soll, aber die doch kommen kann?

Wir überdenken die ungeheure Macht, die durch Erbschaft, Geschichte, Verfassung, Zeitlage und Personalkraft in diese eine Hand (des Kaisers) gelangt ist. ...

Die Monarchie ist ja deshalb so hoch gestiegen, weil es neben ihr überhaupt keine regierungsfähigen Stellen gibt.

Es gibt keine regierungsfähige Aristokratie und keine regierungsfähige Demokratie, keine regierende Parlamentsmehrheit, und nicht einmal eine Stelle, die morgen die sichere Führung der Staatsgeschäfte in die Hand nehmen könnte, wenn heute die Monarchie versänke. ...

Wir sind ein unpolitisches Volk, und deshalb kommen wir nicht los vom Monarchen. ...

"Dem impulsiven Regiment" entspricht eine Bildungsschicht, die ganz ebenso ist.

Dieser Kaiser, über den ihr euch aufregt, ist euer Spiegelbild! Ihr werdet in demselben Maße von seinem persönlichen Regime freierwerden, als ihr selbst etwas Politisches tut! ...

Wir alle müssen den Staat neu begreifen lernen, den neuen Staat mit seinem Großbetriebscharakter, und müssen von vorn an lernen, für den neuen Staat ein neues Regiment zu schaffen, eine Form des Regiments, die den Volksbedürfnissen entspricht in der Art des englischen Systems. ...<<

**Österreich-Ungarn:** Das arbeitsunfähige österreichisch-ungarische Parlament wird im Jahre 1909 nur noch mit dem Verordnungsrecht regiert.

Als Hitlers Ersparnisse allmählich verbraucht sind, schlägt sich der 20jährige Müßiggänger mit seiner Waisenrente (bis 1910) und unregelmäßigen Gelegenheitsarbeiten durch. Der gescheiterte "Künstler" malt z.B. kleine Ölbilder nach Postkartenvorlagen, die er vor allem an reiche Wiener Juden verkauft. Praktische, körperliche Arbeiten lehnt der "egozentrische Künstler" und "Frührentner" grundsätzlich ab.

**Rußland:** Nach der "Bosnien-Krise" (1908/09) vereinbaren der russische Zar und der serbische König Peter I. in Sankt Petersburg im Jahre 1909 den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).

**Großbritannien:** Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die anti-deutsche britische Außenpolitik im Jahre 1909 (x307/220): >>... Im November 1909 bezeichnete Sir Charles Hardinge Deutschland als "die einzige aggressive Macht in Europa".

Derartige Behauptungen, die wie ein Mantra bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Depeschen, Briefen und Protokollen wiederholt wurden, verschmolzen zu einer neuen virtuellen Realität, eine Deutung des Weltgeschehens.

Warum entwickelten diese Männer eine so starke Feindschaft gegen Deutschland? Benahmen sich die Deutschen etwa "schlechter" als andere Mächte, drängten und forderten sie womöglich in Situationen, in denen andere Mächte einen sanfteren und fügsameren Modus operandi (Art und Weise des Handelns) fanden?

In einem Umfeld, in dem subjektive Eindrücke eine so große Rolle spielten und die Normen eines akzeptablen Verhaltens so variabel waren, ist es natürlich schwierig einzuschätzen, wie "provokativ" bestimmte Verhaltensweisen und Initiativen wirklich waren.

War die Krüger-Depesche etwa provokativer als die scharf formulierte Botschaft von Grover Cleveland, die um dieselbe Zeit von Washington abgeschickt wurde, um die Briten vor Einfällen in Venezuela abzuhalten? War die Besetzung Kiautschous provokativer als die amerikanische Beschlagnahmung der Kanalzone oder als die Schaffung eines russischen Protektorats über die Mongolei? War das tölpelhafte Bemühen Deutschlands um den diplomatischen Triumph in Agadir provokativer als die unilateralen Schritte, durch die Frankreich im Jahr 1911 das französisch-deutsche Marokko-Abkommen brach?

Womöglich sind das die falschen Fragen. Die Germanophoben drückten sich bei ihren Vorbehalten gegen Deutschland selten konkret aus. Sie sprachen allgemein von prahlerischen Ambitionen und tyrannisierendem "Auftreten" der Deutschen, von der Unberechenbarkeit des Kaisers und der Bedrohung, welche die militärische Stärke Deutschlands für das europäische Kräftegleichgewicht darstellte, aber sie scheuten sich, echte deutsche Verstöße gegen internationale Geflogenheiten zu nennen. ...<<

**Nicaragua:** Präsident Santos Zelaya (1853-1919) wird mit Unterstützung von US-Truppen im Jahre 1909 gestürzt.

**Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Imperialismus in Lateinamerika (x068/164-165):** >>... Dies zeigte sich etwa in Nicaragua, wo US-Truppen 1909 die innenpolitischen Querelen zwischen Konservativen und Liberalen entschieden.

Präsident Zelaya hatte damals ein Darlehen der USA über 15 Millionen Dollar ausgeschlagen. Denn dafür forderten sie das alleinige Recht auf den eventuellen Bau eines rund 300 km langen transozeanischen Kanals sowie die Kontrolle über Finanzen und Zoll Nicaraguas, eines

zwar kleinen Staates, dessen Goldminen und Plantagen sie aber ebenfalls interessierten. Kaum hatte Präsident Zelaya seine Entscheidung bekannt gegeben, brach ein Aufstand gegen ihn aus, angeführt von dem früheren Buchhalter einer Pittsburger Handelsfirma, Adolfo Diaz, unterstützt von einem amerikanischen Kreuzer und dessen an Land stürmenden "marines". Zelaya wurde noch 1909 gestürzt, der einstige Buchhalter Präsident, und natürlich erwies er sich den USA in allem gefügig. Getreu ihrer Dollardiplomatie begannen sie, Geld in das Land zu pumpen, sie kontrollierten schließlich den Zoll und übten praktisch das Protektorat aus. Zum Schutz ihrer Ausbeutung landen am 14. August 1912 erneut US-Truppen in Nicaragua. Ein Aufstand gegen die Marionette Diaz wird bald darauf von Marinesoldaten niedergeschlagen, und bis 1925 hält man Nicaragua noch besetzt, nicht um es zu beschützen - vor wem auch -, sondern um es zu schröpfen. Zwei US-Banken arbeiten mit der US-Regierung zusammen, die Brown Brothers & Co. und die J. & W. Seligman & Co.

Dazu kommt die Zollhoheit sowie die Errichtung eines Marinestützpunkts und die Ermächtigung zu dem strategisch wichtigen Kanalbau. Nicaragua ist zwar staatlich souverän, aber wirtschaftlich fast völlig gebunden - ein "Neokolonialismus" raffinierter Form, eine US-Erfindung, und eine weitere Bastion des US-Imperialismus.

Bis 1925 wird Nicaragua finanziell und militärisch durch Nordamerika beherrscht. Und als es bald darauf zu einer liberalen Erhebung unter dem General Augustino Sandino kommt, besetzen die USA abermals das Land. Präsident Coolidge schickt das Marine-Corps und behauptet in bewährter Yankee-Heuchelei: "Wir führen ebenso wenig Krieg mit Nicaragua wie ein policeman mit den Passanten auf der Straße." Die neuerliche Einmischung provoziert den erbitterten Guerillakrieg Sandinos, den man 1934 ermordet.

Drei Jahre später gerät Nicaragua mit US-Hilfe unter die Diktatur des superkorrupten Anastasio Somoza Garcia, nicht nur nach Rolf Winter "der gnadenloseste Despot, der je in Mittelamerika ein hohes Amt besaß". Und auf diesen Mann und seine Brut konnten sich die USA verlassen. Bis 1979 terrorisierte der sich schamlos bereichernde Familienclan der Somoza Nicaragua über fast 40.000 Tote hinweg.<<

**Persien:** Britische und russische Truppen marschieren im Jahre 1909 in Persien ein und teilen das Land vereinbarungsgemäß (Vertrag von 1907) in eine russische (im Nordwesten), eine britische (im Südosten) und eine neutrale Zone auf.

## 1910

Die Wahrheit richtet sich nicht nach uns, lieber Sohn, sondern wir müssen uns nach ihr richten.

*Matthias Claudius (1740-1815, deutscher Dichter)*

**Deutsches Reich:** Der deutsche Kaiser und Zar Nikolaus II. schließen im Jahre 1910 in Potsdam ein Abkommen, daß beide Mächte keine feindliche Bündnispolitik führen werden (x074/998).

Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1910 Güter im Wert von 16,4 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die damalige Entwicklung des deutschen Exporthandels (x057/184-187): >>Etwa vier Fünftel der in den Fabriken hergestellten Waren fanden in Deutschland Absatz, das übrige dagegen mußte auf ausländischen Märkten verkauft werden. Da gleichzeitig der Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln wuchs, vergrößerte sich der Welthandel Deutschlands beständig.

In der ganzen Welt waren die deutschen Waren angesehen, und der deutsche Kaufmann trat in scharfen Wettbewerb mit den englischen Kaufleuten, die bisher allein den Weltmarkt beherrschten. Selbst in England fanden die deutschen Waren Absatz, so daß die englische

Regierung den Stempel "Made in Germany" für deutsche Waren verlangte, um sie zu verdrängen. Aber diese Maßnahme wurde zur besten Empfehlung der billigen und guten deutschen Erzeugnisse.

Vor dem ersten Weltkrieg hatte ... der Gesamthandel Deutschlands (Ein- und Ausfuhr) den zweiten Platz in der Welt errungen und reichte nahe an denjenigen Englands heran (22,5 Milliarden gegen 27 Milliarden Mark). Dabei hatte sich der deutsche Handel seit 1890 um das Vierfache, der englische nur um das Doppelte vermehrt. ...

Die bedeutsame Entwicklung des deutschen Handels wäre nicht möglich gewesen ohne den ungeheuren Aufschwung des Verkehrs. ... Zahlreiche Kanäle verbilligten die Beförderung von Massengütern (Dortmund-Ems, Mittellandkanal, Berlin-Stettin). Duisburg entwickelte sich zum größten Binnenhafen. Neben den Wasserstraßen besaß Deutschland das größte Eisenbahnnetz auf dem Festland, den stärksten Briefverkehr und das größte Telegraphennetz Europas. ...

Für den Überseeverkehr baute Deutschland seit 1890 nur noch auf eigenen Werften seine Handelsschiffe und besaß 1914 die größten Schiffahrtsgesellschaften (Hapag, Lloyd), die besteingerichteten Dampfer für den Personenverkehr (Imperator, Vaterland) und die zweitgrößte Handelsflotte der Welt. Der Hamburger Hafen wurde zum größten Seehafen Europas ausgebaut und mit Bremen zum wichtigsten Einfuhrhafen Deutschlands.

Die Seeschifffahrt beherrschte nicht nur die von Deutschland ausgehenden Linien, sondern betätigte sich vielmehr auch im Verkehr zwischen fremden Häfen (Ostasien, Vereinigte Staaten, Ostindien, Mittelmeerländer). Die deutsche Handelsflagge wehte in allen Weltmeeren, in den neuerworbenen Handelniederlassungen (Kiautschou 1898) und in den deutschen Kolonien, die sich aus bescheidenen Anfängen gut entwickelt hatten. ...

Infolge dieser Wirtschaftsblüte wurde Deutschland immer weiter mit der Weltwirtschaft verflochten, woraus Neid und Mißgunst der übrigen Weltmächte, besonders Englands und eine bedenkliche Abhängigkeit vom Ausland entstanden.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Entwicklung des Welthandels bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x281/46-47): >>... Die Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten hatten sich über die Jahrzehnte verschärft. Denn der wachsende Wohlstand besaß von Anfang an einen Zwillingsbruder, der ihm auf Schritt und Tritt folgte: die Angst. Wo immer sich das Leben verbessert, folgt die Befürchtung, im nächsten Moment könne alles vorbei sein. Das Streben nach Wohlstand und die Angst ihn zu verlieren, sind bis heute die zwei wichtigsten Antreiber der neuzeitlichen Geschichte.

Das englische Königreich wirkte früh schon erschöpft. Der schnelle Aufstieg vom Inselvolk zur Weltmacht hatte die politischen und ökonomischen Kräfte überdehnt. Die Neuerwerbungen in Übersee mochten prestigeträchtig und exotisch sein, rentierlich waren sie oft nicht. Zu den Kosten der Eroberung kamen die Kosten der Besatzung hinzu, die schnell ins Unermeßliche steigen konnten.

Wer gehofft hatte, mit dem Quadratmeilen-Imperialismus das Fundament für den weltgrößten Binnenmarkt gelegt zu haben, sah sich getäuscht. Englands Bedeutung für die Weltwirtschaft schrumpfte. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion hatte bereits 1913 den der Engländer überholt.

Das Deutsche Reich war allein schon aufgrund seiner Einwohnerzahl ein großer Brocken, der jährlich schwerer wog. Aus den 40 Millionen Deutschen des Jahres 1870 waren vor Kriegsbeginn 65 Millionen geworden. In Europa lebten nur in Rußland mehr Menschen.

Durch seine Mittellage war das Reich politisch zwar im Zentrum aller Konflikte, aber der Handel profitierte. Die deutsche Industrielleistung schoß empor, überragte bald die Nachbarstaaten. Aus den deutschen Hochöfen floß in den Jahren vor Kriegsbeginn mehr Rohstahl, als Franzosen, Russen und Engländer gemeinsam produzierten. Auch die neu entstandene chemi-

sche Industrie war ein Glanzstück. Mit Firmen wie Bayer, BASF und Hoechst produzierte sie damals rund 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. ...<<

**Rußland, Japan:** Rußland und Japan verbünden sich im Jahre 1910 gegen den nordamerikanischen Einfluß in der Mandschurei.

## 1911

Alles, was gegen die Natur ist, hat auf die Dauer keinen Bestand.

*Charles Darwin (1809-1882, englischer Naturforscher und Biologe)*

**Deutsches Reich:** Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlagen und als "Herren des Landes" auftreten, entsendet das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir (2. "Marokkokrise").

Aufgrund der akuten Kriegsgefahr (englisch-französische Mobilisierung) zieht sich das Deutsche Reich jedoch später endgültig aus Marokko zurück. Marokko wird ein französisches Protektorat (1912). Das Deutsche Reich erhält zum Ausgleich französische Kolonien im Kongo.

Der Führer der Konservativen kritisiert damals im Reichstag die "Schwäche" der deutschen Reichsregierung (x233/140): >>Das, was uns den Frieden sichert, sind nicht diese Nachgiebigkeiten, sind nicht diese Einigungen, nicht diese Verständigungen, sondern das ist nur unser gutes deutsches Schwert (lebhaftes Bravorufe von rechts) und zugleich das Gefühl, ... daß wir auch auf eine Regierung zu sehen hoffen, die gewillt ist, dieses Schwert zu gegebener Zeit nicht rosten zu lassen. (Bravorufe von rechts) ...<<

Der sozialdemokratische Führer August Bebel warnt nach der 2. "Marokkokrise" in einer Reichstagsrede vor einem Krieg in Europa (x233/143): >>... Es kann auch kommen, wie es zwischen Japan und Rußland gekommen ist. Eines Tages kann die eine Seite sagen: Das kann nicht so weitergehen. Sie kann auch sagen: Halt, wenn wir länger warten, dann geht es uns schlecht, dann sind wir der Schwächere statt der Stärkere. Dann kommt die Katastrophe.

Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüten der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwaffen, gegeneinander ins Feld rücken. ...

Hinter diesem Krieg steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, die große Hungersnot (Widerspruch von rechts). Das wollen sie bestreiten? (Zuruf von rechts: nach jedem Krieg wird es besser!) ...<<

Durch die sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) sowie völlig unnötige, überzogene Machtdemonstrationen gerät das Deutsche Reich immer weiter in die internationale Isolation. Der einzige Bundesgenosse des Deutschen Reiches, unter den europäischen Großmächten, ist schließlich nur noch Österreich-Ungarn. Der angeschlagene Vielvölkerstaat kämpft aber längst seit Jahrzehnten verzweifelt um seine eigene Existenz.

**Rußland:** Rußland und Frankreich schließen im Jahre 1911 ein Militär- und Flottenabkommen.

**Serbien:** In Serbien gründen im Jahre 1911 fanatische, radikale serbische Nationalisten die Geheimorganisation "Schwarze Hand" (Ziel: "Slawische Vereinigung oder Tod").

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" (x307/68-69): >>... Die Bewegung wahrte strenge Geheimhaltung. neue Rekruten legten in einem abgedunkelten Raum vor einer Gestalt mit Kapuze den Eid ab, unter Todesstrafe der Organisation bedingungslosen Gehorsam zu leisten.

Ich (Name) schwöre, mit dem Eintritt in die Organisation "Vereinigung oder Tod", bei der Sonne, die mich wärmt, bei der Erde, die mich nährt, vor Gott, bei dem Blute meiner Vorfahren, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich von diesem Moment an bis zum Tode die Gesetze dieser Organisation treu befolgen werde und daß ich immer bereit sein werde, jedes Opfer für sie zu bringen

Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich alle Aufträge und Befehle fraglos ausführen werde.

Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich alle Geheimnisse dieser Organisation mit ins Grab nehmen werde.

Mögen Gott und meine Kameraden in der Organisation meine Richter sein, falls ich jemals, ob wissentlich oder nicht, diesen Eid brechen sollte.

... Bis Ende 1911 war die Zahl der Mitglieder auf 2.000 bis 2.500 angewachsen ...<<

**Italien:** Als italienische Truppen im Jahre 1911 Tripolis und Cyrenaika besetzen und annektieren, kommt es zum italienisch-türkischen Krieg (1911-12).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die "politischen Verwicklungen auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...

Im Herbst 1911 begann Italien einen Eroberungskrieg in einer afrikanischen Provinz des Osmanischen Reiches und löste dadurch eine Kette opportunistischer Überfälle auf osmanische Territorien auf der Balkanhalbinsel aus. Das geopolitische Gleichgewicht, das eine Eindämmung lokaler Konflikte ermöglicht hatte, geriet schlagartig aus den Fugen. Im Zuge der beiden Balkankriege von 1912 und 1913 sah sich Österreich-Ungarn mit einer neuen und bedrohlichen Situation an der südöstlichen Peripherie konfrontiert, während der Rückzug des Osmanischen Reiches strategische Fragen aufwarf, die russische Diplomaten und Politiker auf keinen Fall ignorieren durften.

Die beiden kontinentalen Bündnisblöcke wurden immer tiefer in die Auseinandersetzungen und Aversionen in einer Region der Welt hineingezogen, die in eine Phase noch nie da gewesener Unbeständigkeit eintrat. Im Verlauf dieses Prozesses wurden die Konflikte auf dem Schauplatz Balkan eng mit der Geopolitik des europäischen Systems verknüpft, und dadurch bildete sich eine ganze Reihe von Eskalationsmechanismen heraus, die es letztlich ermöglichten, daß im Sommer 1914 ein auf dem Balkan ausgebrochener Konflikt binnen fünf Wochen den gesamten Kontinent erfaßte.<<

**Spanien, Frankreich:** Spanien und Frankreich beschließen im Jahre 1911 die Aufteilung Marokkos.

Spanische Truppen besetzen das Rifgebirge und werden schon bald von den Rifkabylen (Berberstämme) angegriffen.

**Frankreich, Großbritannien:** In Frankreich und in England breitet sich im Jahre 1911 eine gefährliche Kriegsstimmung aus (Teilmobilmachung der britischen Flotte). Der französisch-britische Generalstab legt sogar schon die Gefechtsstreifen in Frankreich fest (x098/39).

Raymond Poincaré (1860-1934, 1913-20 französischer Staatspräsident; 1912/13, 1922-24, 1926-29 Ministerpräsident, begründet das Bündnissystem mit Großbritannien und Rußland, vertritt nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland eine starre Reparationspolitik, läßt 1923 das Ruhrgebiet besetzen) berichtet später über die zweite Marokkokrise (x233/141):

>>... Es gab zweifellos eine mögliche Politik, uns von unseren Freunden und Alliierten zu isolieren, um Deutschland zu beruhigen. ... Aber diese Politik, die niemand ... zu empfehlen wagte, hätte uns rasch dem Reich der Hohenzollern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Sie hätte die endgültige Unterordnung Frankreichs, seine wirtschaftliche und moralische Knechtschaft, seinen unvermeidlichen Niedergang bedeutet.

Die Regierung war einhellig der Meinung, daß wir, anstatt unsere Ententen zu lockern, uns um ihre Festigung bemühen sollten, ohne ihren strikten defensiven Charakter zu verändern.<<

Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) berichtet damals über die drohende Kriegsgefahr (x056/310): >>Ich würde Opfer bringen, um den Frieden zu bewahren. Würde aber England in eine Lage gedrängt, in welcher der Frieden nur erhalten werden könnte, durch Aufopferung der großen und wohltätigen Stellung,

die England im Laufe der Jahrhunderte erworben hat, ... dann sage ich mit Nachdruck, Friede um jeden Preis würde eine Demütigung sein, die ein großes Land nicht ertragen kann. Die Nationalehre ist keine Parteifrage, ebenso wenig wie die Sicherheit des großen internationalen Handels. ...<<

**Mexiko:** Der mexikanische Staatspräsident Porfirio Diaz (1830-1915, seit 1884 Staatspräsident) wird im Jahre 1911 gestürzt.

Nach dem Sturz des Diktators Diaz wird der im Jahre 1910 ausgebrochene Bürgerkrieg fortgesetzt. Die mexikanischen Revolutionäre Pancho Villa (1877-1923, ermordet) und Emiliano Zapata (1873-1919, ermordet) kämpfen vor allem für die Interessen des Agrarproletariats. Die revolutionären Unruhen in Mexiko dauern bis etwa 1920.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Politik in Lateinamerika (x068/158-162): >>... Seit den Ausgriffen nach Kuba, Puerto Rico, den Philippinen wuchsen die ebenso eklatant demonstrierten Machtgelüste der Yankees natürlich weiter. Wirtschaftliche, politische, militärische Interessen verbanden sich und führten zu einer extrem interventionistischen Politik, einem Neo-Kolonialismus.

Dabei halten die USA mit der Monroe-Doktrin die Europäer von Lateinamerika fern, und mit dem "Roosevelt-Ergänzungsartikel" (der Roosevelt Corollary zur Monroe-Doktrin) vom 6. Dezember 1904 - erst 1928 widerrufen - sichern sie sich die Möglichkeit bewaffneter Intervention. Was sie den Europäern seit Monroe verbieten, erlauben sie sich jetzt ausdrücklich selbst.

Sie beanspruchen gleichsam die Polizeifunktion über Lateinamerika. Sie sehen sich nach neuen Expansionsmöglichkeiten um. Sie drängen verstärkt über die eigenen Grenzen und machen dabei den gesamten mittelamerikanischen und karibischen Raum zu ihrer Einflußsphäre. Unter der Flagge des Anti-Kolonialismus angetreten, schaffen sie sich durch abhängige Besitzungen wie durch Protektorate nun doch eine Art Kolonialreich, das zwar politisch mehr oder weniger locker, wirtschaftlich aber eng mit ihnen verbunden bleibt.

Was lag auch näher, als von den Eroberungen, die man bisher in Mittelamerika gemacht, von den Bastionen, auf denen man Fuß gefaßt hatte, was lag buchstäblich näher, als einfach weiter vorzurücken?

Bei dem Kleinen Bruder im Süden fand der Große Bruder vieles, was er brauchte, Kupfer, Nickel, Zinn, Öl. Wo es möglich war, kaufte man diese Schätze, kaufte Fabriken und gelegentlich auch die Regierungen, in Mexiko, beispielsweise, oder Kuba.

Noch im 19. Jahrhundert war Lateinamerika politisch wie wirtschaftlich stark von Europa abhängig gewesen. Die herrschenden Großgrundbesitzer stützten sich auf den katholischen Klerus und die Armee.

Oft übernahm einfach eine Militärjunta die Regierungsgewalt. Es kam zu zahlreichen Diktaturen und Caudillos, zu sozialen und politischen Krisen da und dort, in Kolumbien, Argentinien, Mexiko, auch zu liberalen Reformen, mit einem gewissen Zuwachs an verfassungsmäßigen Rechten, die aber stets durch Konservative und die katholische Kirche bekämpft worden sind. Allerdings verliert Letztere allmählich in vielen Staaten ihren überragenden Einfluß, sie verliert die Kontrolle über Schule und Presse, und sie verliert Grund und Boden. An der Tagesordnung dagegen bleiben autoritäre Regierungsformen, wobei Wahlen gewöhnlich nur die Herrschaft eines Präsidenten legitimieren sollen.

Seit dem ausgehenden 19. und im frühen 20. Jahrhundert wird Südamerika immer mehr von Nordamerika bedrängt. Mittels seines Kapitals, seiner Investitionen, kontrolliert es große Bereiche der Industrie, Landwirtschaft, der öffentlichen Dienstleistungen. Und gestützt auf Geld und Macht baut es im Rahmen der Monroe-Doktrin, der "big-stick-policy" Roosevelts und der Dollardiplomatie seine beherrschende Stellung ständig aus, festigt es ökonomisch, diplomatisch, militärisch seine Position und verhindert zugleich politische wie soziale Reformen. Sie

aber waren um so nötiger, als sich in vielen lateinamerikanischen Staaten der Boden in den Händen von nur ein paar Prozent der Bevölkerung befand. Und diese befanden sich wieder mehr oder weniger in den Händen der USA, die eine derartige Gleichschaltung zumindest in Mittelamerika verlangten, "wie Stalin die Gleichschaltung in seinem osteuropäischen Machtbereich verlangt hatte" (Rolf Winter).

Praktisch seien die Vereinigten Staaten die Herren des Kontinents, erklärte der ehemalige US-Außen- und spätere Justizminister Richard Olney, "und wenn sie in irgendwelchen Angelegenheiten intervenieren, so ist ihr Wille Gesetz." Alle diese Interventionen in den dortigen Ländern aber hatten für deren Entwicklung katastrophale Folgen.

Das wichtigste Problem der US-Politik in Lateinamerika blieb aber stets die gespannte Beziehung zu Mexiko.

### **Blutendes, elendes Mexiko**

In Mexiko leiten in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Liberalen die Trennung von Staat und Kirche, die Gewährung von Religionsfreiheit ein. Da aber der Klerus sein Vermögen, seinen Bodenbesitz verliert, entfesseln er und die Konservativen einen dreijährigen Bürgerkrieg. 1863 wird die liberale Reformära unter Präsident Benito Juárez durch die Intervention Spaniens, Frankreichs und Englands unterbrochen, wird Mexiko Monarchie unter dem österreichischen Erzherzog Maximilian, 1867 erschossen. Und zehn Jahre später kommt der einstige Seminarist und Anwalt, der General Porfirio Diaz, an die Macht und herrscht bis 1911 diktatorisch.

Dabei wird Mexiko, faktisch von der Armee, ideologisch von der katholischen Kirche gestützt, gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts stark vom US-Kapital abhängig, das zumal zur Ausbeutung der Erdölfelder ins Land drängt. Im Jahre 1900 entfallen von rund 1,16 Milliarden Pesos Auslandsinvestitionen fast 502 Millionen, über 43 %, auf das US-Kapital, das heißt die US-Amerikaner investieren in Mexiko 10 % mehr als die Mexikaner selbst. Und in den folgenden Jahren kommen 56 % der mexikanischen Importe aus den USA und 80 % der Exporte gehen dorthin.

1913 ist Mexiko der drittgrößte Erdölproduzent der Welt. Doch profitieren vom Erdölboom, vom Aufschwung der mexikanischen Wirtschaft, fast nur ausländische, besonders US-Firmen sowie einige einheimische Industrielle und Großagrarier. Die Volksmassen dagegen, vor allem die Arbeiter auf dem Land, Indianer und Mestizen, verelenden immer mehr. Das Schulwesen stagniert. Die Indios werden ihres kommunalen Besitzes beraubt, ganze indianische Stämme, wie die Yaquis, vertrieben und teilweise ausgerottet. Überhaupt sind die indianischen Bauern die Hauptopfer.

Enteignet oder verjagt schufteten sie für Hungerlöhne in den Bergwerken, beim Eisenbahnbau, auf Erdölfeldern, auf den Haciendas, wo das Peonaje-System vorherrscht, das den Peón, den Landarbeiter, in faktisch lebenslanger Schuldknechtschaft hält. Der Diktator erstickt alle Aufstände bereits im Ansatz brutal und genießt die volle Sympathie der USA, besonders die der nordamerikanischen Industriellen und Bankiers. "Wir haben", schreibt Präsident Taft (1909-1913) an seine Frau, "zwei Milliarden Dollar in Mexiko investiert, die gefährdet wären, wenn Diaz sterben würde". Zwar sind es tatsächlich "nur" 853 Millionen Dollar, doch auch sie übersteigen das gesamte mexikanische Kapital.

Die Not der Massen wird unter dem Porfiriat immer schlimmer. Es kommt zu großen Streiks, etwa der Kupferbergarbeiter 1906, der Textilarbeiter im Dezember/Januar 1906/07, zu größeren Unruhen der Ausgebeuteten 1908 und schließlich zur Revolution 1910. Damals besitzt 1 % der mexikanischen Bevölkerung 96 % des gesamten Bodens, nahezu 97 % der Landbevölkerung aber sind ohne Grundbesitz.

Im Mai 1911 dankt Diaz ab, der Demokrat Francisco Madero übernimmt die Regierung, wird aber bei einem konterrevolutionären Putsch des Generals Victoriano Huerta, eines "Super-

gangsters" (S. E. Morison), am 22. Februar 1913 "auf der Flucht" erschossen, auch sein Vizepräsident ermordet. Doch erst als Huertas Diktatur 1914 zusammenbricht, intervenieren die USA, müssen freilich wegen der Feindseligkeit der Bevölkerung im November 1914 wieder zurück. Einflußreiche US-Kreise treiben jedoch weiter zum Krieg, u.a. die mächtige Hearst-Presse, Theodore Roosevelt oder der Senator Albert B. Fall aus Arizona, der Vertreter von Erdölinteressen, der eine halbe Million Soldaten nach Mexiko schicken möchte, unter Präsident Harding Innenminister, unter Präsident Coolidge aber verurteilt und eingesperrt werden sollte.

Nach einer zweiten Intervention der USA im März 1916 unter General Pershing mit zunächst fünf-, dann elftausend Mann ist der Widerstand gegen die 500 Kilometer ins Landesinnere Eindringenden derart, daß die USA Verhandlungen mit Venustiano Carranza, dem ihnen wenig genehmen mexikanischen Präsidenten aufnehmen müssen, der den Indios ihr Land zurückgeben will, für die Verstaatlichung der Erdölvorkommen kämpft und gegen die Macht der katholischen Kirche, was ihm die erbitterte Feindschaft der US-Katholiken einträgt, in der am 31. Januar angenommenen, am 5. Februar 1917 verkündeten bürgerlich-demokratischen Verfassung von Mexiko wird im historischen Artikel 27 der gesamte Boden des Landes, einschließlich der Kirchengüter, zum Nationaleigentum erklärt und auch das Recht von Ausländern auf Nutzung mexikanischer Bodenschätze rigoros eingeschränkt. Zumal die Nationalisierung der Erdölfelder alarmiert die USA.

Ihr Finanz- und Industrieklüngel stiftet deshalb weitere militärische Interventionen in Mexiko an. Carranza wird 1920 gestürzt und auf Befehl seines Nachfolgers erschossen.<<

## 1912

Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert.

*Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)*

**Deutsches Reich:** Das Deutsche Reich fühlt sich zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängert am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre. Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg (1856-1921) warnt im Jahre 1912 bereits vor Rußland (x063/482): >>... Die Zukunft gehört ihm - es wächst und wächst und legt sich als immer schwererer Alp auf uns.<<

Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erkämpft im Jahre 1912 schon 110 von 398 Mandaten und wird erstmalig stärkste Partei des deutschen Kaiserreiches (x063/428).

Polnische "Vorkämpfer der Freiheit" hetzen im Jahre 1912 (x064/123): >>Die Deutschen morden unsere Seele, impfen den Kindern den preußischen Geist ein, germanisieren sie mit der Knute! Und jetzt rauben sie uns den Boden. Diesen Raub nennen sie Enteignung und nennen die Vergiftung der Seele "Verbreitung der Kultur".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die Deutschfeindlichkeit der Polen (x025/182): >>... Über 100 Jahre Fremdherrschaft seit den "polnischen Teilungen" von 1792/95 dürften auch dazu beigetragen haben, nationale Leidenschaften freizusetzen.

Tatsache ist jedenfalls, daß sich spätestens im 19. Jahrhundert in Polen ein Nationalismus und damit ein Fremdenhaß entwickelte, von dessen Intensität und Verbreitung sich andere Völker mit weniger hitzigem Temperament kaum eine Vorstellung machen können. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen jedenfalls war die politische Rechte die tragende Kraft; mit wenigen Ausnahmen standen die polnischen Historiker, Schriftsteller und Journalisten rechts, und Deutschenhaß und Judenhaß gingen Hand in Hand.

Deutschfeindliche Literatur erreichte die höchsten Auflagen. Der Romancier Maciej Wierzbinski schrieb über "den Deutschen": "Er besitzt sogar die charakteristische Eigenschaft, daß

ihm das Brot, das er dem Nächsten aus dem Mund reißt, am besten schmeckt."

Für den exilpolnischen Ministerpräsidenten Sikorski war die deutsche Nation "vergiftet bis ins Innerste", und ähnliche Glaubensbekenntnisse legten seine Minister Zaleski und Sayda ab. Sie formulierten später im großen, was dem Mann auf der Straße aus seinem Sprichwortschatz bekannt war: "Hau ihn, denn er ist ein Deutscher" oder "100 Jahre soll leben, wer den Deutschen in die Fresse schlägt" (Trinkspruch aus Mittelpolen). ...<<

**Rußland:** Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. bekräftigen am 4. Juli 1912 während eines Treffens in Estland die russisch-deutsche Freundschaft.

Rußland baut mit französischer Unterstützung im Jahre 1912 das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkt das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).

Lenin und sein späterer Mitarbeiter Stalin unterstützen die erstmals im Jahre 1912 in Sankt Petersburg erscheinende bolschewistische Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit").

**Balkanstaaten:** Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schließen sich im Jahre 1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische Reich zusammen (x054/169). Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führt (1911/12), nutzt der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und greift das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken werden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und müssen Mazedonien räumen. Italien verhindert aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >>Von Rußland beeinträchtigt, begannen die 4 Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland den Krieg gegen die Türkei wegen der Aufteilung der europäischen Türkei (1. Balkankrieg 1912). Aber ein Streit um die Beute führte zum Krieg Bulgariens gegen die übrigen Balkanstaaten, denen sich Rumänien anschloß (2. Balkankrieg 1913) und endete mit einer Niederlage Bulgariens. Die europäische Türkei wurde aufgeteilt (mit Ausnahme von Konstantinopel und Adrianopel) und als neuer Staat das Fürstentum Albanien errichtet. Hierüber zeigte sich Serbien bitter enttäuscht, obwohl es einen reichen Gebietszuwachs erlangt hatte und entfaltete eine großserbische Bewegung, die sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete.

Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche (1913). Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.

Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag (Wehrvorlage 1913).

Andererseits fehlte es nicht an Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und England, die wegen eines Neutralitätsabkommens miteinander verhandelten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; denn England forderte immer wieder die Beschränkung der deutschen Flotte, obwohl die englische Flottenstärke der deutschen weit überlegen war. Die Isolierung Deutschlands war vollendet, die Spannung aufs höchste gestiegen.<<

**Frankreich:** Der französische Botschafter Paul Cambon (1843-1924) schreibt im Januar 1912 aus London an Ministerpräsident Raimund Poincaré (x307/328): >>... Gegen Österreich hegt es (Italien) eine latente Feindseligkeit, die nichts besänftigen kann; was Frankreich betrifft, haben wir Grund zu der Annahme, daß es (Italien) im Falle eines Konflikts neutral bleiben oder wahrscheinlich den Gang der Ereignisse abwarten werde, ehe es sich beteiligt. Folglich

müssen wir es (Italien) unbedingt enger an uns binden.<<

**Großbritannien:** Die englische Flotte verfügt im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).

Der britische Diplomat Harold G. Nicolson (1886-1968) berichtet im Jahre 1912 (x307/698):  
>>... Es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Rußland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. (Deutschland kann) uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Rußland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die britische Aufrüstung vor dem Ersten Weltkrieg (x281/282): >>... Es begann in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts noch sehr verhalten und beschleunigte sich im Verlauf der 90er. Die jährlichen britischen Militärausgaben verdoppelten sich von da an bis zum Kriegsausbruch.

Sogar die geplante Militärstrategie ließ sich am veranschlagten Wehretat ablesen, so daß jeder Kundige in Kontinentaleuropa vorhersehen konnte, wie er später angegriffen würde, ob zu Lande, aus der Luft oder vom Wasser her.

Die britische Marine meldete die größten Zuwachsraten. Von 1885 bis zum Kriegsjahr 1914 vervierfachte sich ihr jährlicher Etat. Die Engländer, das war die Botschaft an das übrige Europa, bereiteten sich auf einen Seekrieg vor. Den hatten sie seit jeher bevorzugt, er hatte sich aus Sicht der Militärs bestens bewährt. ...<<

Winston Churchill (Erster Lord der Admiralität) greift die deutsche Reichsregierung am 9. Februar 1912 "scharf" an (x056/309): >>Die Flotte ist für Großbritannien eine Notwendigkeit, während sie für Deutschland in vieler Hinsicht nur einen Luxus bedeutet. Unsere Flotte ist für das Dasein Großbritanniens von größter Wichtigkeit, ja sie bedeutet unsere Existenz selbst; für Deutschland ist sie ein überflüssiger Machtzuwachs.<<

Die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte werden im Februar erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse macht. England lehnt es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt wird (x059/19).

Großbritannien schließt danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtet sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).

## 1913

Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm.

*Jean Jaures (1859-1914, französischer Politiker)*

**Deutsches Reich:** Nach den sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) versucht der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg ab 1913, die deutsch-britischen Beziehungen zu verbessern.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die Außenpolitik des deutschen Kaisers (x307/433): >>Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle. Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien. Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, daß er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für "undenkbar" hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, daß die deutsche militärische Stärke Rußland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde. ...<<

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wird von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...

Das Kaiserreich ... zeichnete sich durch einen kontinuierlichen Zuwachs aus, ohne daß eine zuvor eingetretene Katastrophe kompensiert werden mußte. Die Bevölkerung steigt kontinuierlich, von 40 Millionen Menschen zur Zeit der Reichsgründung auf 68 Millionen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Obwohl die sogenannte "Fruchtbarkeit" schon etwa seit 1900 zu sinken beginnt, werden im Deutschland des Jahres 1913 rund dreimal so viele Kinder geboren wie heute.

Das Wachstum der Bevölkerungszahl resultiert aber vor allem aus einer steigenden Lebenserwartung. Der Reihe nach entdeckten Robert Koch und seine Schüler die Erreger der Volksseuchen, der Tuberkulose, der Cholera, des Typhus, der Diphtherie, der Meningitis und schließlich auch der Syphilis. Die Zahl der Krankenhäuser steigt enorm, in ihnen werden jetzt Röntgendiagnostik und Narkose bei Operationen praktiziert, Hygiene wird zum lebenserhaltenden Stichwort, in den Städten setzen sich Kanalisationen durch.

Unbestreitbar lastet auch wie anderenorts in Europa, die soziale Frage auf Deutschland. Das Proletariat bleibt deklassiert. Aber auch für die Arbeiter geht es, mühsam genug, aufwärts. Der Index der Reallöhne, nimmt man das Jahr 1895 mit 100, steigt von 66 im Jahr 1871 auf 125 im Jahr 1913. Gravierend verbessert sich in Deutschland, auch für die Arbeiter, die Ernährung. Thomas Nipperdey konstatiert, es habe in der weiteren Entwicklung des Kaiserreiches "keinen ausgeprägten Hunger mehr und keine massenhafte, dauernde, strukturelle Unterernährung" gegeben. ...

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zwischen 1870 und 1914 verläuft nicht krisenfrei; sprichwörtlich ist die sogenannte "große Depression" geworden, die schon fünf Jahre nach der Reichsgründung ausbricht; sie nimmt ihren Ausgang vom Platzen großer Spekulationsblasen an den europäischen Börsen. In Deutschland hatte es ein zusätzlich stimulierendes Moment gegeben, die französischen Reparationsleistungen.

Aber insgesamt haben wir es doch unbestreitbar mit einem kontinuierlichen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft zu tun, basierend auf starker Nachfrage nach Investitionen, auf einer auch im internationalen Vergleich sehr jungen, leistungsfähigen und leistungswilligen Bevölkerung und auf einem international herausragenden Niveau in Forschung und beruflicher Bildung. So liegt in den fünf Jahren von 1896 bis 1900 die Zahl der relevanten physikalischen Entdeckungen auf den Gebieten von Wärme, Licht, Elektrizität und Magnetismus durch deutsche Forschungsleistungen bei 525, durch britische und französische bei 392.

Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.

Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zetern zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchten.

Den sogenannten Junkern ist dies vielfach ein Graus: Die höheren Löhne in den Fabriken, die

ihre Landarbeiter anziehen, die "gräßliche" Flotte, die Wilhelm II. bauen will, diese ganze Welt der rauchenden Schloten, der Labors, des unentwegten technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Aber auch sie profitieren durchaus davon, die Chemie läßt auch ihre Bodenerträge steigen.

Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte – die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand – arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.

Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.

So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.

In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. In der deutschen Elektrizitätsindustrie stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter allein in dem guten Jahrzehnt 1900 bis 1911 von 61.833 auf 169.123.

An der Weltproduktion von schwefelsaurem Ammoniak im Umfang von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 1913 hat Deutschland allein einen Anteil von 490.000 Tonnen, also knapp 40 Prozent. Im zweiten Band des ungewollt als eine Art Schlußbilanz erschienenen Werkes "Deutschland unter Kaiser Wilhelm II." aus dem Jahr 1914 – ungewollt deshalb, weil der Kriegsausbruch kurz danach dieser Welt des ungebrochenen Aufschwunges ein abruptes Ende setzte – wird eine stolze Summe der ökonomischen Erfolge des Deutschen Reiches gezogen. ...

Nicht gänzlich zu Unrecht wird die ökonomische Position Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg vielfach mit der heutigen Chinas verglichen. Auch hier eine dynamisch aufstrebende, junge, die Exportmärkte usurpierende Macht. ...

Obwohl der Lebensstandard der Menschen in Deutschland vor 100 Jahren deutlich, um ein Mehrfaches, in gewisser Weise sogar um ein Vielfaches unter dem heutigen lag, war es eben zugleich insgesamt ein deutlich aufstrebendes Land mit einer international viel stärkeren Position, als es sie je danach noch einnehmen konnte.

Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<

**Österreich-Ungarn: Österreich-Ungarn und Rußland verhandeln Anfang 1913 über die Expansionspläne Serbiens (x233/144):** >>Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht zulassen würde, Österreich verkündigte, es werde eine maßlose Vergrößerung Serbiens nicht hinnehmen, Zwischen diesen beiden Vetos handelte es sich darum, ein Mittel zu finden, um den Frieden am Leben zu erhalten. ...<<

Der tschechische Panslawist Karel Kràmàr (1860-1937, 1918/19 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakei) erklärt damals im Reichstag, daß die Tschechen den Tag herbeisehnen

würden, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürften (x206/25).

**Rußland:** Der russische Außenminister Sergei Sasonow (1860-1927) informiert im Mai 1913 Nikolaus von Hartwig (1857-1914, seit 1909 russischer Botschafter in Serbien) über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...

Das gelobte Land Serbien liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarn und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<

**Balkanstaaten:** Im Verlauf der Bündnisverhandlungen des Jahres 1913 zwischen Bulgarien und Serbien erklärt der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des Balkankrieges (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Als sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen können, greift Bulgarien Serbien an (Mai 1913). Danach beteiligen sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg (1913).

Bulgarien wird bis August 1913 entscheidend besiegt und muß z.B. Mazedonien, die Dobrukscha und Kreta abtreten.

Während des 2. Balkankrieges können Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne erzielen, aber Serbien wird trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich verteidigt angesichts der Unterstützung durch das Deutsche Reich (Dreibund) entschlossen die Selbständigkeit Albanien (seit 1912/13 unabhängig) und fordert Serbien auf (Ultimatum vom 18.10.1913), die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzieht, ist die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrt Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

**Osmanisches Reich:** Nach den verlustreichen Balkankriegen (1912-13) behält das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete.

Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich müssen sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729).

Ab 1913 führen die "Jungtürken" ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, die fast nur mit Fremdkapital finanziert werden. Vor dem Ersten Weltkrieg ist das Osmanische Reich bereits so hoch verschuldet, daß man sämtliche türkischen Staatseinnahmen an europäische Gläubiger verpfänden muß (x056/310). Ein Hauptgläubiger des Osmanischen Reiches ist das Deutsche Reich (mit etwa 500,0 Millionen RM bzw. 25 % der gesamten türkischen Schulden). Deutsche Unternehmen planen, finanzieren und bauen z.B. seit 1903 eine Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak).

**Frankreich:** Arabische und syrische Intellektuelle gründen im Jahre 1913 in Paris eine arabische Nationalbewegung (x128/353): >>Wir Araber in Paris ... werden den Nationen in Europa zeigen, daß die arabische Nation eine lebendige nationale Einheit bildet; sie ist unteilbar, sie hat unter den Nationen einen besonderen Platz, sie nimmt eine politische Position von allererster Bedeutung ein, und sie stellt eine Macht dar, mit der gerechnet werden muß. ...<<

**Großbritannien:** Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.

Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.

Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung. Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.

Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich untereinander zusammentaten. ...<<

**USA:** Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitet damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.



*Abb. 51 (x132/1.371): Woodrow Wilson, der 28. Präsident der Vereinigten Staaten.*  
Der US-Historiker Carroll Quigley (1910-1977) schreibt später in seinem Buch "Tragödie und Hoffnung" über die verborgenen Machenschaften und Ziele der geheimen Machelite (x337/114): >>Die Befugnisse des Finanzkapitalismus hatten (ein) weitreichendes Ziel und zwar kein geringeres als die Schaffung eines Weltsystems der Finanzkontrolle in privaten Händen mit der Fähigkeit, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der

Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise gemeinsam von den Zentralbanken der Welt in geheimen Absprachen, die in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen ausgehandelt werden, geführt werden.<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schreibt später (im Jahre 2010) in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 21. Dezember 2013): >>**100 Jahre Notenbank**

### **Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed**

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenem Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

### **Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen**

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer

nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimtreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankermoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

### **"Ich habe mein Land betrogen"**

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollarscheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

### **Fed in der Zwitterrolle**

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die

anderen sechs Mitglieder des Board of Governors der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

### **Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht**

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei

große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. ...

### **Fed war einst auf einem Imagehoch**

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echaufferten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

### **Kurswechsel ist nicht in Sicht**

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenpapiere aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen

Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 23. Dezember 2013): >>**Die Kreatur von Jekyll Island**

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. ...

#### **Geheimtreffen mit Großbankern**

... Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. ...

#### **Rettungsanker für private Banken**

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. ...

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/45): >>**"Rockefeller kann nie verlieren"**

\_ Interview mit Ron Paul

Wer beherrscht die USA? Der Protagonist des kleinen libertären Flügels in der Republikanischen Partei äußert sich über die Macht der privaten Finanzinstitute - und die Notenbank Federal Reserve, die von diesen kontrolliert wird.

*Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?*

Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen Banken gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik

der Zukunft.

*Können Sie diese Machtstruktur erklären?*

Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal Reserve System. Sie sind die Insider und kennen die zukünftigen Entwicklungen. Die Kontrolle über das Geld ist sehr wesentlich. ...

*Soll das heißen, wir haben im Grunde ein Ein-Parteien-System in den USA, das nur ansatzweise zweigeteilt ist?*

So ist es. Für mich als Libertären ist es fast unmöglich, eine eigene Partei zu gründen. Man muß ein Drittel seines Geldes und seiner Energie dafür aufbringen, um sich für die Abstimmungen zu bewerben. Die Amerikaner wurden darauf konditioniert, daß es toll ist, nur zwei Parteien zu haben. Wir wollen nicht wie Italien sein, wo es all die vielen unübersichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten gibt. ...

*(Präsident) Thomas Jefferson hat uns gewarnt. Er sagte: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung kontrollieren, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."*

Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank Fed (Federal Reserve) gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ... Heute haben wir zwar immer noch eine langsame Inflation - die nichtsdestoweniger eine Menge Schaden anrichtet -, doch eines Tages wird das Land einer riesigen Katastrophe ins Auge sehen.

### **Drogen und Banken**

*Selbst die Abgeordneten verstehen nicht, daß die Federal Reserve ein privates Unternehmen ist.*

Ich denke, die wenigsten verstehen, wie die Federal Reserve wirklich funktioniert. Auch wenn man sagt, sie sei privat, ist das noch sehr beschönigend. "Privat" würde bedeuten, sie wäre den Gesetzen des Markts unterworfen. Sie wurde von der Politik autorisiert, über diese gewaltige Macht zu verfügen. ...

### **Die internationalen Bankiers sind Kumpel.**

*Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?*

Die internationalen Bankiers sind Kumpel. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. Durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank haben sie die totale Gewalt. Sie haben sogar Treffen, an denen nicht einmal die Finanzminister der Länder teilnehmen dürfen. Ihr einziges Ziel dabei ist, noch mehr neue Kredite zu generieren. ...

Quelle: Talkshow vom August 1988; Link: [www.youtube.com/watch?v=NDEgBWO54dA](http://www.youtube.com/watch?v=NDEgBWO54dA)<< Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild, unterstützte u.a. vor allem die Freimaurer und die Illuminaten) hatte bereits im Jahre 1790 die politische Macht des Geldes erkannt: >>Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.<<

## 1914

In ganz Europa gehen die Lichter aus. Wir werden es nicht mehr erleben, daß sie angezündet werden.

*Edward Grey (1862-1933, englischer Außenminister: Stimmungslage im August 1914)*

### 02.01.1914

**Frankreich:** Ab 2. Januar 1914 veröffentlicht die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diese sensationelle Veröffentlichung (x307/538-539): >>Die von Chefredakteur Stéphane Lauzanne, der erst kurz zuvor von einer Reise aus Moskau und St. Peterburg zurückgekehrt war, verfaßten Artikel beeindruckten Leser in Berlin nicht nur wegen der hämischen Angriffslust im Ton, sondern auch durch die offensichtliche Genauigkeit und Struktur der darin enthaltenen Informationen.

Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.

Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue (französische) Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus.

Der Effekt wurde noch durch die Vermutung gesteigert, daß die enthaltenen Informationen von einer Regierungsquelle stammten. Die Zeitung "Le Matin" stand bekanntlich Poincaré nahe, und es war kein Geheimnis, daß sich Lauzanne auf seiner Rußlandreise mit Sasonow und hohen russischen Militärs getroffen hatte. Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die (russische) Militärzeitschrift "Raswetschik" ("Aufklärer"), die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:

Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.

Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<

### 21.02.1914

**Rußland:** In Rußland bereitet man sich bereits auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellt am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führt (x063/478).

### April 1914

**Rußland:** George W. Buchanan (1854-1924, von 1910-1917 britischer Botschaft in St. Petersburg) berichtet im April 1914 (x307/698): >>Rußland wird rasch so mächtig, daß wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages einen Handel mit Deutschland schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen.

...<<

**13.06.1914**

**Rußland:** Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtet am 13. Juni 1914 (x307/539): >>>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein ...**<<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diesen Presseartikel (x307/539): >>>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des Botschafters Graf Friedrich Pourtalès in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als Kriegsminister Wladimir Suchomlinow persönlich lanciert worden sei.

Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen (Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann). Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<<

**15.06.1914**

**Großbritannien:** Ein deutsches Unternehmen muß den Bauauftrag für die Bagdad-Bahn-Reststrecke zwangsweise an englische Unternehmen abgeben (britisch-deutsche Vereinbarung vom 15. Juni 1914).

**17.06.1914**

**Deutsches Reich:** Kaiser Wilhelm II. eröffnet am 17. Juni 1914 feierlich den Hohenzollern-Kanal (Länge: 56 km), der Havel und Oder verbindet. Dieser Kanal zwischen Berlin und Stettin ist für Schiffe bis 750 t Traglast befahrbar (x092/737).

Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser (1866-1946) berichtet später über die damalige Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches (x261/147): >>>Das arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...

(1914) nahm das Reich mit einem Außenhandelsvolumen von 25 Milliarden (Francs) nach England die zweite Stelle unter den Handelsstaaten der Erde ein. Es war zum zweitgrößten Erzeuger von Roheisen und Eisen geworden und übertraf damit sogar England, während es in der Weltstahlproduktion ebenfalls an zweiter Stelle stand. Seine Handelsflotte, die 1870 noch kleiner als die unsrige war, wurde 1913 lediglich von der englischen und amerikanischen übertroffen. ...

Der jährliche Verbrauch von Roheisen pro Kopf der Bevölkerung betrug 1893 weniger als 99 Kilogramm; 1899 erreichte er 155 Kilogramm; der Steinkohleverbrauch stieg von 1.940 auf 2.740 Kilogramm an. ...

In diesen 6 Jahren vollzog sich in Deutschland endgültig der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat. Zu Beginn des 20. Jahrhundert lebten von 67 Millionen Deutschen kaum 17 Millionen von der Landwirtschaft. Jedes Jahr kehrten zahllose Bauern dem Lande den Rücken und strömten in die riesigen Fabriken. Die Städte wuchsen ganz im amerikanischen Tempo, und 45 hatten bereits zu jener Zeit mehr als 100.000 Einwohner, ganze Armeen von Arbeitern stellten sich unter das Kommando der Industriekapitäne – 15.000 bei Mannesmann, mehr als 30.000 bei Thyssen und 73.000 in verschiedenen Werken Krupps.

Das bis dahin arme Deutschland wurde mit einem Schlag reich. Sein Gesamteinkommen wurde 1895 auf 21 Milliarden Mark geschätzt; 1913 bewegten sich die Schätzungen zwischen 40 und 50 Milliarden, und das deutsche Volksvermögen wurde auf jetzt 320 Milliarden Mark taxiert. ...

Dieses gewaltige Anwachsen des Wohlstands wurde auch für den kurzsichtigen Beobachter an zahlreichen Anzeichen sichtbar. Wenn das Adjektiv "kolossal" die ihm heute eigene große

Bedeutung in der deutschen Sprache erhalten hat, so liegt das an der Tatsache, daß die Entwürfe der Deutschen kolossal geworden waren, während ihre Ausführung ultraschnell vonstatten ging. ...

Unsere Perspektive ist begrenzt und kleinlich; wir entwerfen nur die nächste Zukunft; wir sehen nur 10, maximal 20 Jahre voraus; wir scheinen mit einer Art ökonomischen Kurzsichtigkeit behaftet zu sein.

Die Deutschen hingegen haben von 1880 bis 1913 in einer breiten und weitsichtigen Weise vorausgeblickt. Wenn sie ein Postamt oder eine Schule errichteten, so zogen sie nicht nur die Erfordernisse des Augenblicks in Betracht, sondern planten gemäß den möglichen Bedürfnissen von 50 Jahren später. Als sie eine Schleuse in Bremerhaven bauten, errichteten sie sie in einer Länge von 222 m; das war länger als irgendein großes Schiff der damaligen Zeit, und es bedurfte des ungeheuren Kapazitätswachses der Transatlantikschniffe, um die deutsche Kühnheit bei diesem Projekt nicht zu einem Irrtum werden zu lassen. ...

Noch etwas überraschte den Reisenden, ... nämlich der zunehmende Luxus: die luxuriöse Ausstattung der Wohnungen, der Möbel, der Kleidung und der Tafel. In 20 Jahren haben sich die deutschen Gewohnheiten selbst beim Mittel- und Kleinbürgertum vollkommen verändert. Der Genuß von Weißbrot und Wein wurde allgemein üblich, ebenso die Vorliebe für Kleidung aus englischem Tuch und Schnitt. Mit der Gier eines "Parvenü" (Emporkömmlings) strebte Deutschland danach, an den neuen Freuden teilzuhaben, so als betrachte es sie als Symbol für seinen endgültigen Eintritt in den Kreis der gebildeten zivilisierten Völker des Westens. ...<<

**28.06.1914**

**Österreich-Ungarn:** Am 28. Juni 1914 fällt der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau werden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

**Das Attentat von Sarajevo**

Der Attentäter Gavrilo Princip (1894-1918, erhält nach dem Attentat eine 20jährige Zuchthausstrafe, stirbt an Knochentuberkulose) handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Crna ruka" ("Schwarze Hand"), die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).



*Abb. 52 (x175/115): In Sarajevo wird der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 von einem bosnischen Nationalisten ermordet.*

Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik

des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates (sogenannte "Dreierlösung", selbständiger Staat für die Südslawen) und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit den Slawen bemüht (x056/315). Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die geplante Balkanpolitik des Erzherzogs Franz Ferdinand (x307/153-154): >>... Der Erzherzog machte kein Hehl daraus, daß er die Absicht hatte, das Regierungssystem nach seiner Thronbesteigung zu reformieren. Sein Hauptziel war es, die ungarische Hegemonie im östlichen Teil der Monarchie zu brechen oder zu verringern.

Eine Zeitlang sprach sich Franz Ferdinand für eine Stärkung des slawischen Elements in der Monarchie aus, indem innerhalb des Reiches ein kroatisch (und damit katholisch) dominiertes "Jugoslawien" geschaffen wurde. Gerade der Umstand, daß er mit dieser Idee assoziiert wurde, erregte den Haß seiner orthodoxen serbischen Feinde. Im Jahre 1914 hatte er jedoch, wie es scheint, diesen Plan bereits aufgegeben und befürwortete statt dessen eine weitreichende Umstrukturierung, durch die das Reich zu einer Art "Vereinigten Staaten von Großösterreich" würde, mit 15 Mitgliedstaaten, von denen viele eine slawische Bevölkerungsmehrheit gehabt hätten.

... Was immer man von diesem Programm halten mochte – und die Ungarn hielten ganz offensichtlich wenig davon -, es präsentierte den Erzherzog jedenfalls als einen Mann mit radikalen Zielsetzungen, dessen Thronbesteigung dem üblichen Durchwursteln ein Ende gesetzt hätte, das die österreichische Politik im letzten Jahrzehnt vor 1914 zu lähmen schien.<<

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildete den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Crna ruka" ("Schwarze Hand") bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde. Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.

Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg (wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913) ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Entstehung des Ersten Weltkrieges (x057/193-194): >>Aus dem Streben nach weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Machtstellung der Großmächte und der von ihnen abhängigen Staaten hatten sich fortwährend neue Reibungsflächen und Gegensätze der Weltmächte ergeben. England wollte die Seeherrschaft behaupten, Frankreich seine Vormachtstellung in Europa wiedergewinnen, Rußland Landerwerb, um den Zugang zum Meer zu erreichen, Deutschland weltwirtschaftliche Entfaltung, Amerika und Japan die Vorherrschaft im Großen Ozean.

Aus diesem Machtstreben entstanden die besonderen Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (Balkan), Österreich und Italien (Irredenta, politische Bewegung Italiens), ferner zwischen Deutschland und Frankreich (Elsaß-Lothringen), Deutschland und Rußland (wegen Freundschaft Deutschlands mit Österreich und der Türkei), Deutschland und England (Handels- und Flottenfragen).

Immer straffer schloß sich die Entente zusammen und verstärkte ihre Rüstungen. Deutschland dagegen, besonders Kaiser Wilhelm II., war auf Frieden bedacht und versäumte es sogar, sich auf die drohende Gefahr eines Krieges militärisch, wirtschaftlich und politisch genügend vor-

zubereiten.

Der Anlaß zum Weltkrieg wurde die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in Sarajewo durch serbische Verschwörer (28. Juni 1914).

Österreich forderte in einem Ultimatum an Serbien strengste Bestrafung der Schuldigen und Unterdrückung der gegen Österreich gerichteten großserbischen Bewegung (23. Juli 1914). Von Rußland unterstützt, lehnte Serbien die wesentlichen österreichischen Forderungen ab und begann die Mobilmachung (25. Juli 1914).

Deutschland nicht rechtzeitig genug über die österreichischen Schritte unterrichtet, suchte zu vermitteln und fand zunächst die Unterstützung Englands. Österreich erklärte nunmehr Serbien den Krieg (28. Juli 1914), ohne sich vorher mit Deutschland zu verständigen, worauf Rußland die Gesamtmobilmachung anordnete (29. Juli 1914). Infolge dieser drohenden Lage für Deutschland forderte seine Regierung die Einstellung der russischen Mobilmachung und erklärte, als keine Antwort erfolgte, den Krieg an Rußland (1. August 1914) und, nach einem vergeblichen Versuch, Frankreich zur Neutralität zu veranlassen, auch den Krieg an Frankreich (3. August 1914), daß bereits am 1. August mobil gemacht hatte.

England dagegen erklärte erst den Krieg an Deutschland, als dieses trotz des Widerstandes der belgischen Regierung deutsche Truppen zum Durchmarsch durch belgisches Gebiet in Bewegung setzte (4. August 1914). Auch Japan schloß sich der Entente an (Tsingtau). Dagegen blieben Italien und Rumänien zunächst neutral, während die Türkei und Bulgarien bald auf Deutschlands Seite traten.<<

### **30.06.1914**

**Österreich-Ungarn:** Der deutsche Botschafter Tschirschky in Wien schickt am 30. Juni 1914 ein Telegramm an Reichskanzler Bethmann-Hollweg (x073/29-30): >>Graf Berchtold (österreichisch-ungarischer Außenminister) sagte mir heute, alles deute darauf hin, daß die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer gefallen sei, in Belgrad zusammenliefen. Die Sache sei wohl so durchdacht worden, daß man absichtlich ganz jugendliche Leute zur Ausführung des Verbrechens ausgesucht habe, gegen die nur mildere Strafe verhängt werden könnte. Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen Anzettlungen aus.

Hier höre ich, auch bei ernsten Leuten, vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und falls sie diese nicht akzeptieren, energisch vorgehen.

Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen. Vor allem müsse man sich erst klar werden, was man wolle, denn ich hörte bisher nur ganz unklare Gefühlsäußerungen.

Dann sollte man die Chance irgendeiner Aktion sorgfältig erwägen und sich vor Augen halten, daß Österreich-Ungarn nicht allein in der Welt stehe, daß es Pflicht sei, neben der Rücksicht auf seine Bundesgenossen die europäische Gesamtlage in Rechnung zu ziehen und speziell sich die Haltung Italiens und Rumäniens in allen Serbien betreffenden Fragen vor Augen zu halten.<<

### **Juni 1914**

**Osmanisches Reich:** Die türkischen und russischen Armenier beraten Ende Juni 1914 in Erzurum, wie man sich im Kriegsfall verhalten soll. Als die russischen Armenier eine Forderung der Jungtürken ablehnen, auf türkischer Seite gegen Rußland zu kämpfen, ist das Schicksal der 1.845.450 türkischen Armenier besiegelt (x081/100).

Obgleich die türkischen Armenier später ausdrücklich versichern, pflichtgemäß gegen Rußland anzutreten, falls es zum Krieg kommt, werden sie pauschal als Volksverräter eingestuft.

### **02.07.1914**

**Österreich-Ungarn:** Kaiser Franz Joseph I. schreibt am 2. Juli 1914 an Kaiser Wilhelm II. (x056/315-316): >>Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajevo nicht um die

Bluttat eines Einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen, und, wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die (Mitwirkung) der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik, solche Verbrechen fördert ...

Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft (Zukunft) auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein ... (Den Frieden zu sichern) wird nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird.<<

#### **05.07.1914**

**Deutsches Reich:** Der österreichische Botschafter in Berlin telegraphiert am 5. Juli 1914 an den österreichischen Außenminister nach Wien (x056/316): >>Nach (Kaiser Wilhelms) Meinung muß ... mit dieser Aktion (gegen Serbien) nicht zugewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Krieg gegen Österreich-Ungarn kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Rußland sei übrigens keineswegs kriegsbereit und werde (sich einen Waffengang) noch sehr überlegen.<<

#### **06.07.1914**

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung sichert Österreich-Ungarn am 6. Juli 1914 die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58).

Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegraphiert am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<

Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" werden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wird durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 6.12.2003) über die "Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts (x887/...): >>"**Als die Welt aus den Fugen ging**"

... Der Erste Weltkrieg gilt als die "Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts. In Deutschland wird er vor allem im Windschatten des Zweiten Weltkrieges wahrgenommen, als Zwischenstation auf dem deutschen Irrweg, der direkt in den Nationalsozialismus und den Abgrund führte.

Fritz Fischer hatte Anfang der sechziger Jahre in dem kontrovers diskutierten Buch "Griff nach der Weltmacht" dargestellt, daß das Deutsche Reich den Krieg 1914 absichtsvoll und lange geplant vom Zaun gebrochen habe. In der Folge geriet auch die Vorgeschichte, inklusive Bismarck, in einen Generalverdacht, der zur historischen Erkenntnis wenig, zur moralischen Entrüstung aber viel beitrug. Restspuren dieser Lesart sind bis heute wirksam, so in Heinrich August Winklers "Der lange Weg nach Westen" (Band 1, 2000), mit dem er zum Hofhistoriker der rot-grünen Bundesregierung avancierte.

Der Historiker Michael Salewski, 1938 in Königsberg geboren, rückt im vorliegenden Buch vieles gerade. Salewski bietet eine Gesamtschau der europäischen Länder (in deren Mittelpunkt Deutschland steht) und bezieht neben dem politischen, gesellschaftlichen und sozialen Leben auch die Wissenschaft, Wirtschaft, Technik und Mentalitätsgeschichte ein. Diese Zusammenschau ist nicht unbedingt neu, aber die Genauigkeit, Stringenz und Plausibilität, mit der er die Wechselwirkungen zwischen den Bereichen aufzeigt, ist von besonderer Überzeugungskraft. Der Leser erhält einen Eindruck von der ungeheuren Dynamik des frühen 20.

Jahrhunderts, die von der Politik kaum gebändigt werden konnte. Monokausale Schuldzuschreibungen anlässlich des Kriegsausbruchs verbieten sich von selbst.

Der Stapellauf eines Schlachtschiffes war um 1900 ein gesellschaftliches Großereignis, das ein modernes Rockkonzert in den Schatten stellte. Es konnte nicht ausbleiben, daß solche technischen Wunderwerke die Phantasie und auch den politischen Ehrgeiz anstachelten. Stellt man die wirtschaftliche Macht Deutschlands in Rechnung, die ebenfalls - naturgemäß - nach Ausdehnung und nach neuen Märkten drängte, dann erscheint es gar nicht mehr vermessen, daß die junge Großmacht in jenen imperialen Kategorien zu denken begann, die für andere Großmächte längst normal waren.

Salewski hält nicht viel vom "deutschen Sonderweg". Wer die Art der Reichsgründung von 1871 kritisiert, vergißt allzuleicht, daß Deutschland zu jener Zeit noch ein Agrarstaat war. Das Wahlrecht von 1871 war vorbildlich für Europa und das System elastisch genug, um die Wandlung von einer halbabsolutistischen zur konstitutionellen Monarchie zu vollziehen. Durch diese sukzessive Demokratisierung wurden aber auch neue Zentrifugalkräfte wirksam. Ein außenpolitischer Ausgleich mit Rußland war nicht zuletzt deshalb so schwierig, weil die zaristische Autokratie Gegenstand allgemeiner Verachtung war und eine deutsch-russische Partnerschaft von der SPD, die inzwischen zur größten deutschen Partei aufgestiegen war, als Provokation begriffen worden wäre.

Allerdings blieb im Reich eine Übermacht des Militärischen bestehen. Der preußische Generalstab war "das delphische Orakel, das ratlose Politiker befragten". Bismarck konnte dessen Ehrgeiz bändigen, zumal er im Generalstabschef Helmuth von Moltke d.Ä. einen kongenialen, nüchternen Ansprechpartner besaß. Dieses Verhältnis zwischen Regierung und Militär änderte sich nach dem Abgang der beiden Sieger von 1870/71. Während des Ersten Weltkriegs sollte die Oberste Heeresleitung unter Ludendorff und Hindenburg die Reichsleitung eindeutig dominieren.

Unter diesen Voraussetzungen war der deutschen Diplomatie während des Krieges kein Erfolg beschieden. Einerseits wurde Rußland desavouiert, indem am 5. November 1916 das Königreich Polen proklamiert wurde, andererseits verscherzte Deutschland sich mögliche polnische Sympathien und Unterstützung, indem es einen Grenzstreifen einbehielt und der polnischen Regierung ein deutscher und ein österreichischer Gouverneur übergeordnet blieb.

Salewski untersucht auch den Einfluß der Propaganda, die die am Krieg beteiligten Völker nun wirklich zu Feinden machte. Die alliierte Propaganda war wirksamer als die deutsche, und die Geister, die sie gerufen hatten, ließen sich auch nach Kriegsende nicht mehr einfangen. Die Versailler Friedensbedingungen, die von Deutschland als ungerecht und hart empfunden wurden, erschienen vielen Franzosen als zu weich. Clemenceau, mochte er sich auch selbstherrlich gebärden, war ein Gefangener der aufgeheizten Volksstimmung.

Unter machtpolitischem Gesichtspunkt war der Krieg von 1914 bis 1918 ein "kollektiver Selbstmord" Europas. Der alte Kontinent verarmte, wurde politisch und militärisch zweitrangig und geriet in Abhängigkeit von den USA, später auch von der Sowjetunion. Salewski, der immer wieder in die Zukunft ausgreift, datiert die Geburt der Achse Washington-London auf den Ersten Weltkrieg, die wiederum eine Voraussetzung zur Konstituierung der Nato war.

In Versailles wurde Deutschland die alleinige Kriegsschuld aufgebürdet, ein absurdes Siegediktat. Mit großer Genauigkeit zeichnet Salewski die Zwangslage nach, innerhalb deren die deutschen wie die anderen europäischen Politiker handelten.

Die im Rückblick leicht erkennbaren Fehler waren für die Akteure Handlungsmöglichkeiten mit immerhin offenem Ausgang. Die Risiken wurden für kalkulierbar gehalten - heute weiß man, daß sie unkalkulierbar waren. Heinrich August Winkler hat dennoch die "Hauptschuld" Deutschlands am Ersten Weltkrieg postuliert, weil "keine Großmacht ... während der Julikrise so konsequent auf eine Eskalation des Konflikts gesetzt" habe wie Deutschland. Salewski

zeigt, daß davon keine Rede sein kann.

In der Unterredung zwischen dem Kaiser und hohen Militärs am 8. Dezember 1912 im Berliner Schloß, die häufig als Indiz für die deutsche Kriegslüsterheit angeführt wird, ging es in Wahrheit nur um eine Lagebeurteilung der angespannten Situation. Die Teilnehmer hielten den Krieg für unabwendbar - wie alle maßgeblichen Politiker Europas -, die Absicht aber, ihn zu beginnen, kann man ihren Äußerungen nicht entnehmen.

Als weiteres Indiz, ja Beweis, gilt der "Blankoscheck", den Deutschland am 6. Juli 1914, wenige Tage nach dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni, Österreich-Ungarn ausgestellt hatte. Auch hier kann man nicht von deutscher Kriegstreiberei sprechen, sondern von Fehlkalkulationen und Emotionen, die verständlich waren, aber besser unterblieben wären. Da war die Erschütterung über den Tod des Thronfolgers Franz Ferdinand, der als Angriff auf das monarchistische Prinzip empfunden wurde. Mitleid mit dem alten Kaiser spielte hinein, und das berechnete Gefühl, daß der einzig relevante Bündnispartner, wenn man ihm eine Genugtuung versagte, in eine existentielle Krise geraten würde.

Eine schnelle Strafexpedition Österreich-Ungarns gegen Serbien wäre europaweit wohl akzeptiert worden, doch durch die Schwerfälligkeit des k.u.k.-Militärs kam es zum Schwell- und dann zum Flächenbrand. Obwohl Belgrad ein hartes Wiener Ultimatum meistenteils erfüllt hatte - was Wilhelm II. zu dem erleichterten Ausruf veranlaßte, damit fielen jeder Kriegsgrund fort -, erklärte die Donaumonarchie, die sich durch die Kriegserklärung aus ihrer inneren Krise befreien wollte, dem Balkanstaat den Krieg.

Salewski liebt kontrafaktische Gedankengänge. Er stellt in den Raum, daß Deutschland, hätte es am 28. Juli öffentlich den "Blankoscheck" von Wien zurückgefordert, den Einkreisungsring der Entente gesprengt hätte - freilich mit unwägbareren Folgen für den Partner. Dies unterlassen zu haben kann als Schuld gewertet werden - die der Schuld der anderen Länder zur Seite gestellt werden muß. Aber solche grundlegenden Fragen mußten innerhalb von wenigen Stunden erwogen werden. In der Wilhelmstraße in Berlin herrschte Panik, Kanzler Bethmann Hollweg sprach düster von einem "Sprung ins Dunkle".

Aufschlußreich sind auch Salewskis Ausführungen zur deutschen Hungersnot im Krieg. Die britische Blockade wirkte sich verheerend aus, aber theoretisch wäre es möglich gewesen, durch eine Umstellung der Ernährungsweise und durch richtige Bevorratung und Kontingentierung die Kalorienwerte der Friedenszeit annähernd zu erreichen. Doch eben nur theoretisch. Man hatte sich auf einen kurzen Krieg eingestellt, auf einen jahrelangen, verzehrenden war niemand vorbereitet. Es fehlte die Erfahrung, um eine ausgeklügelte Kriegswirtschaft zu installieren, es mangelte an Speicher- und Transportkapazitäten, an Planung und Kontrollmöglichkeiten. Es kam zu Behördenchaos und Kompetenzrangelien.

Das Reich war damals ein Staatenbund, erst im Weltkrieg wurde es zum Bundesstaat geschmiedet. Die Hungersnot aber wurde eine prägende Erfahrung der Deutschen. Hier wurzelte auch Hitlers fixe Idee vom Lebensraum, den man sich im Osten holen müsse, und daraus resultierte auch der Erfolg der Volksgemeinschafts-Propaganda, des Eintopfessens und die Akzeptanz der rigiden Kontrollen im Zweiten Weltkrieg.

Kontrastierend zu den düsteren Vorgängen stellt Salewski immer wieder heraus, daß man aus der Geschichte lernen kann. Das Unglück der Kriegs- und Nachkriegszeit rührte auch aus der planvollen Demütigung des Gegners her, aus der Verletzung von Ehrvorstellungen, die in den Völkern lebendig waren. Eingedenk dieses politisch-psychologischen Kardinalfehlers der Franzosen nach 1918 sprach der französische Präsident de Gaulle, als er 1962 zu seinem Staatsbesuch in Bonn weilte, öffentlich von dem "großen deutschen Volk". Salewskis Buch ist sachlich und sprachlich beeindruckend. Der Leser hat nach der Lektüre das Gefühl, mit dem Autor dabeigewesen zu sein, damals, 1914 bis 1918, als die Welt aus den Fugen ging.

Michael Salewski: "Der Erste Weltkrieg", ... Paderborn 2003 ...<<